

Kantonsrat macht Juso-Initiative rückgängig

«Demokratisch fragwürdig»

PARTEIKASSEN Zurück auf Feld eins: Der Kantonsrat will einen Neustart in Sachen transparente Politikfinanzierung. Am Montag hat sich eine Mehrheit aus SVP, FDP und CVP durchgesetzt und eine Motion von Christian Heydecker (FDP) überwiesen, mit der die Transparenz-Initiative der Juso fast vollständig aus der Verfassung getilgt werden soll.

Am 9. Februar 2020 wurde die Initiative mit 53,8 Prozent angenommen. Sie setzt die schweizweit schärfsten Regeln fest, wie Parteispenden und Kampagnenmittel offengelegt werden müssen. Die Verfassungsänderung wurde letzte Woche von der Bundesversammlung in Bern anerkannt. Dennoch wird die neue Transparenz voraussichtlich auch bei den nächsten Wahlen im Jahr 2024 noch nicht gelten.

Dafür hat der Kantonsrat gesorgt, indem er die Motion Heydecker mit 28 zu 24 Stimmen unterstützt hat. Christian Heydecker

will die detaillierten Vorgaben der Initiative durch einen allgemein gehaltenen Passus ersetzen: die Details soll ein Umsetzungsgesetz regeln und lägen somit in der Macht des Kantonsrates.

Dieses Vorgehen, eine Initiative nach nur eineinhalb Jahren rückgängig zu machen, löste in der linken Ratshälfte grosse Empörung aus. Heydecker versicherte mehrmals, es gehe ihm nicht darum, «die Transparenzregeln mit einem Federstrich aus der Welt zu schaffen», sondern nur darum, den Weg für eine verfassungskonforme Umsetzung frei zu machen.

Die Zweifel an den hehren Ansichten Heydeckers sind jedoch nachvollziehbar. Denn seine Partei, die FDP, hat in der Vernehmlassung zur Umsetzung der Initiative Vorschläge gemacht, die erhebliche Schlupflöcher zur Folge hätten. Noch drastischer sind die Forderungen der SVP, sie wollte die Initiative unter anderem

Hehre Absichten?
FDP-Kantonsrat
Christian Heydecker.
Peter Pfister



mit sehr hohen Schwellenwerten für geheime Parteispenden nahezu wirkungslos machen.

Für SP-Kantonsrat Stefan Lacher ist deshalb klar: Die bürgerliche Mehrheit versucht, der Initiative mit einem «demokratiepolitisch fragwürdigen Spiel» die Zähne zu ziehen. Er kritisiert auch die Regierung, welche sich eher wie eine Partei verhalten habe, die Umsetzung der Initiative eingefroren und die Motion Heydecker unterstützt habe.

Heydeckers Erfolg im Kantonsrat ist jedoch noch nicht in

trockenen Tüchern. Die Regierung muss die von ihm angestrebte Änderung nun ausarbeiten, danach folgen eine weitere Abstimmung im Parlament – und eine neue Volksabstimmung.

Unabhängig davon, wie sie ausgeht und ob der Kanton die Juso-Variante oder eine sanftere Heydecker-Variante umsetzen muss, dürfte der Gesetzgebungsprozess bis über die nächsten Gesamterneuerungswahlen im Jahr 2024 nicht abgeschlossen sein. Die Parteikassen bleiben vorerst in der Dunkelkammer. **mg.**

Effiziente Datenablage?

DATENCENTER Kantonsrätin Eva Neumann (SP) hat eine kleine Anfrage zum Datacenter (vergleiche AZ vom 27. Mai 2021) in Beringen eingereicht. Konkret geht es um die Frage, ob das Datacenter der Energiehaushaltsverordnung gerecht wird, denn Datacenter «benötigen Unmengen an Strom und Wasser», wie Neumann schreibt.

Hintergrund: Am 20. Juli bewilligte das Kantonale Bauinspektorat das Baugesuch für das Datacenter. Doch offenbar geschah dies auf Basis unzureichender Unterlagen. In ihrer kleinen Anfrage weist Neumann darauf hin, dass der vom Bundesamt für Energie beauftragte Experte

die eingereichten Unterlagen für nicht ausreichend erachtete, um festzustellen, wie die Zielvorgaben bezüglich energetischer Effizienz erreicht werden sollen. Dafür seien die Angaben zur Gebäudetechnik nicht detailliert genug. Neumann will deshalb vom Regierungsrat wissen, wie das Bauinspektorat das Bauprojekt ohne diese Unterlagen bewilligen konnte.

Mit ihrem Fragenkatalog will sie unter anderem in Erfahrung bringen, wie hoch der zusätzliche jährliche Strombedarf aufgrund des Datacenters sein wird, wieviel Abwärme jährlich entstehen wird und wie viel Wasser das Datacenter verbrauchen wird. **dl.**

FORUM

Leere Versprechen

Am 9. Februar 2020 haben die Stimmberechtigten des Kantons Schaffhausen mit 53,8 Prozent die Initiative «Transparenz in der Politikfinanzierung» deutlich angenommen.

Christian Heydecker (FDP) aber passt eine transparente Politikfinanzierung nicht in den Kram, Stimmvolk hin oder her. Diesen Montag behandelte der Kantonsrat Heydeckers Motion, welche die bereits angenommene Initiative faktisch wirkungslos macht – und das mit Erfolg, dank Unterstützung der FDP, SVP und der Mitte.

Offenbar steht Heydeckers Wille über dem Willen der Schaffhauser Stimmbewölkerung. Offenbar waren die Wahlver-

sprechen der SVP «Weniger Filz – mehr Transparenz» nur leere Versprechen.

Und offenbar verfügt niemand in der gesamten SN-Redaktion über den Anstand oder das Pflichtgefühl journalistischer Verantwortung, Schaffhausen darüber aufzuklären, dass sein demokratisch verfügter Wille gerade von ein paar sturen Kantonsräten zunichte gemacht wurde.

Das ist die Kirsche auf der Sahnehäubchen der Enttäuschungen. Und jetzt frage ich Sie: Warum gehen wir abstimmen, wenn's am Ende heisst, «was Heydecker nicht passt, wird rückgängig gemacht?»

Liebe Schaffhauserinnen und Schaffhauser, ich bitte Sie, jetzt wütend zu werden.
Egzona Dernjani, Schaffhausen.